Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/10576
30. 04. 98

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 6. Mai 1998

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

1. Abgeordnete **Gabriele Iwersen** (SPD)

Wie will die Bundesregierung angesichts der beabsichtigten (Gagfah, Eisenbahnerwohnungen, Frankfurter Siedlungsgesellschaft) und bereits erfolgter Verkäufe (Deutschbau Postwohnungen) von bundeseigenen Wohnungen in Zukunft ihrer Wohnungsfürsorgeverpflichtung weiter nachkommen?*)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

2. Abgeordneter **Hans Wallow** (SPD)

Wird Bundesminister Carl-Dieter Spranger entsprechend den Bestimmungen des Berlin/Bonn-Gesetzes sowie dem Kabinettbeschluß vom 3. Juni 1992 die Leitungsfunktionen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung grundsätzlich in der Bundesstadt Bonn wahrnehmen, und trifft es zu, daß Minister Carl-Dieter Spranger die Anweisung erteilt hat, am zweiten Dienstsitz des Ministeriums in Berlin Arbeitsmöglichkeiten für ca. 50 zusätzliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorzusehen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

3. Abgeordneter **Otto Reschke** (SPD)

Wie weit sind die Verkaufsverhandlungen für die Gagfah-Wohnungen im Besitz der Bundesanstalt für Arbeit (BfA) inzwischen vorangeschritten?

*) s. hierzu auch Frage 21

4. Abgeordneter **Otto Reschke** (SPD)

Inwieweit sind im Rahmen der Verkaufsverhandlungen Möglichkeiten der Privatisierung an Mieter oder Mietergenossenschaften geprüft worden, und welche Rolle hat eine mögliche Notierung der Wohnungsbaugesellschaft Gagfah an der Börse gespielt?

5. Abgeordneter **Wolfgang Spanier** (SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung die Kritik, daß der Verkauf der Wohnungen der Gagfah an einen Großinvestor nur zu einem Dumpingpreis gegenüber dem Substanzwert der Immobilien möglich sei?

6. Abgeordneter **Wolfgang Spanier** (SPD)

Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Verwertungsabsichten interessierter Bieter hinsichtlich des Weiterverkaufs, der Modernisierung oder weiterer Möglichkeiten, die insbesondere die zukünftige Mietpreisgestaltung beeinflussen können, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, entsprechenden Entwicklungen gegenzusteuern?

7. Abgeordnete **Iris Gleicke** (SPD)

Inwieweit ist sichergestellt, daß die berechtigten Interessen der Mieter auch bei einem Verkauf der Gagfah-Wohnungen an einen Großinvestor umfassend berücksichtigt werden?

8. Abgeordnete **Iris Gleicke** (SPD)

Welcher Verkaufserlös ist beim Verkauf der Gagfah-Wohnungen derzeit absehbar, und stellt dieser Erlös die im Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz (WFG) geforderte Wirtschaftlichkeit des Verkaufs sicher?

9. Abgeordneter **Dr. Hansjörg Schäfer** (SPD)

Welche Gründe kann die Bundesregierung vorbringen, die einer Sonderregelung für die Personengruppe der ehemaligen Beschäftigten bei den Stationierungsstreitkräften entsprechend § 138 AFG (Nichtanrechnung von Abfindungen auf Arbeitslosenhilfe) entgegenstehen, obwohl Mißbrauchssituationen wie in der freien Wirtschaft bei den Stationierungsstreitkräften nicht bestehen?

10. Abgeordneter **Dr. Hansjörg Schäfer** (SPD)

Wie vereinbart die Bundesregierung ihre jetzige Haltung mit der Aussage in der Denkschrift zum Abschluß des Tarifvertrages zur Sozialen Sicherung (TASS) von 1971, die folgendes aufführt: „Mit diesem Tarivertrag ist ein Instrumentarium geschaffen worden, das neben den bereits bestehenden Möglichkeiten des Arbeitsförderungs-

gesetzes den besonderen Belangen dieses Personenkreises Rechnung trägt . . . Die seit Jahren bestehenden Sorgen der Arbeitnehmer bei den verbündeten Streitkräften um Verbesserung ihrer sozialen Sicherung sind nicht aus der Aktualität des Tages begründet. Der Tarifvertrag hebt deshalb folgerichtig nicht auf die Tagesaktualitäten ab"?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

11. Abgeordneter **Klaus Hagemann** (SPD)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem jüngst ergangenen Urteil des Bundesverwaltungsgerichts (AZ: BVerwG 8 C 21.97) zur Einberufung junger Wehrpflichtiger, denen aufgrund der Einberufung der Verlust eines Ausbildungsplatzes, für den eine feste Zusage, aber noch kein Lehrvertrag besteht, drohen würde, und in welcher Form finden die im Zuge dieses Urteils erweiterten Zurückstellungsmöglichkeiten für diejenigen, die eine zugesagte Ausbildung nach dem Wehrdienst „hinreichend wahrscheinlich weder an derselben Stelle noch anderweitig nachholen" können und denen dadurch der Zugang zu dem angestrebten Beruf „endgültig oder auf längere Zeit" verlorenginge, ihren konkreten Niederschlag in der Einberufungspraxis sowie den hierzu von der Bundesregierung erlassenen Richtlinien, um von vorneherein entsprechende „Härtefälle" und juristische Auseinandersetzungen zu vermeiden?

12. Abgeordneter **Volker Beck (Köln)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Schritte hat die Bundesregierung mit welchem Zeitplan eingeleitet oder beabsichtigt sie einzuleiten, um den Beschluß des Deutschen Bundestages vom 24. April 1998 zur Umbenennung von Kasernen der Bundeswehr, die den Namen von Mitgliedern der Legion Condor führen, wie beispielsweise die Werner-Mölders-Kasernen in Visselhövede und Braunschweig, umzusetzen?

13. Abgeordneter **Hans Wallow** (SPD)

Kann das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg), die übereinstimmenden Aussagen der damaligen Parlamentarischen Staatssekretärin Michaela Geiger vom 19. Juni 1996, Plenarprotokoll 13/112, S. 9997 A sowie des Leiters des Organisationsstabes im BMVg, in der Zeitschrift „Wehrtechnik" vom Dezember 1997 bestätigen,

wonach der Leitungsbereich des BMVg (mit den Büros des Ministers, der Parlamentarischen Staatssekretäre, eines beamteten Staatssekretärs, dem Planungsstab, dem Parlaments- und Kabinettreferat, dem Protokollreferat und der Stabsabteilung Militärpolitik) „gänzlich" bzw. „ausschließlich" am zweiten Dienstsitz in Berlin angesiedelt werden soll?

14. Abgeordneter **Frederick Schulze (Sangerhausen)** (CDU/CSU)

In welcher Form wurden bisher durch das Auswärtige Amt, das Bundesministerium der Verteidigung und das Bundesministerium der Finanzen Verhandlungen mit dem Königreich Belgien geführt, um eine mittelfristige Aufgabe des Truppenübungsplatzes Vogelsang durch die Belgier zugunsten eines alternativen Übungsplatzes zu erreichen?

15. Abgeordneter **Günter Graf (Friesoythe)** (SPD)

Hat die Bundesregierung ihre Überlegungen bez. der Privatisierung der Überwachung von Bundeswehreinrichtungen durch Standort-Wachen (STAN-Wachen) abgeschlossen, und zu welchen Ergebnissen ist sie dabei insbesondere hinsichtlich der Privatisierung der STAN-Wache bei der Marinefunksendestelle in Ramsloh/Saterland gekommen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

16. Abgeordneter **Dieter Heistermann** (SPD)

Kann ein Sozialamt freiwillig krankenversicherte Sozialhilfeempfänger auffordern, eine bestimmte Krankenkasse zu wählen bzw. zu einer bestimmten Kasse zu wechseln?

17. Abgeordneter **Dieter Heistermann** (SPD)

Besteht eine gesetzliche Grundlage dafür, daß ein Sozialamt bei den Sozialhilfeempfängern, die der Aufforderung zum Wechsel zu einer bestimmten Krankenkasse nicht nachkommen, die Beitragsdifferenz von der Sozialhilfe abzieht?

18. Abgeordneter **Rudolf Bindig** (SPD)

Hat die Bundesregierung, welche in ihrer Stellungnahme zum Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes (Beschluß des Bundesrates vom 6. Februar

1998) diese Initiative zu Leistungsbeschränkungen im Asylbewerberleistungsgesetz nicht nur ausdrücklich begrüßt, sondern sogar ihre Ausweitung angeregt hat, geprüft, ob die vorgesehenen Leistungseinschränkungen vereinbar sind mit Artikel 1 GG, aus welchem das Recht auf Sozialhilfe abgeleitet wird, und zu welchem Ergebnis ist sie bei der Prüfung der Verfassungsmäßigkeit der vorgesehenen Einschränkungen gekommen?

19. Abgeordneter **Rudolf Bindig** (SPD)

Hat die Bundesregierung, welche in ihrer Stellungnahme zum Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes (Beschluß des Bundesrates vom 6. Februar 1998) diese Initiative zu Leistungsbeschränkungen im Asylbewerberleistungsgesetz nicht nur ausdrücklich begrüßt, sondern sogar ihre Ausweitung angeregt hat, geprüft, ob diese Regelungen in Einklang stehen mit den völkerrechtlichen Verpflichtungen Deutschlands aus Artikel 11 des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, in welchem das Recht auf „ausreichende Ernährung, Bekleidung und Unterbringung" kodifiziert ist, und mit dessen Artikel 2 sich die Bundesrepublik Deutschland völkerrechtlich verpflichtet hat, diese Leistungen „ohne Diskriminierung" und unbeschadet seines „sonstigen Status" jedem Menschen, der auf ihrem Staatsgebiet lebt, zu gewährleisten, und zu welchem Ergebnis kommt die Bundesregierung bei der Prüfung dieser Frage?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

20. Abgeordneter **Dr. Egon Jüttner** (CDU/CSU)

Was unternimmt die Bundesregierung, um den Mißbrauch von Führerscheinen Verstorbener zu verhindern?

21. Abgeordnete **Gabriele Iwersen** (SPD)

Welche Anstrengungen hat die Bundesregierung unternommen, um Mietern oder Mietergenossenschaften von Eisenbahnerwohnungen ihre Wohnungen zum Kauf anzubieten, und aus welchen Gründen sind entsprechende Bemühungen gegebenenfalls nicht verfolgt worden?*)

*) s. hierzu auch Frage 1

22. Abgeordneter **Volkmar Schultz (Köln)** (SPD)

Kann die Bundesregierung die in der Presse veröffentlichten Absichten des Bundesministeriums für Verkehr bestätigen, 113 000 Wohnungen aus dem Bundeseisenbahnvermögen an eine japanische Investorengruppe zu verkaufen, und auf welche Weise wird sie für einen umfassenden Mieterschutz Sorge tragen?

23. Abgeordneter **Volkmar Schultz (Köln)** (SPD)

In welcher Form hat sie die Angebote der Landesentwicklungsgesellschaften zur Übernahme der Eisenbahnerwohnungen geprüft, und mit welcher Begründung hat das Bundesministerium für Verkehr vor dem Hintergrund der wohnungspolitischen Kompetenzen der Landesentwicklungsgesellschaften (LEG) Abstand davon genommen, die LEG beim Verkauf stärker zu berücksichtigen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

24. Abgeordnete **Marlene Rupprecht** (SPD)

Welche verschiedenen Untersuchungsmethoden zur Konzentrationsmessung von Polyzyklischen Aromatischen Kohlenwasserstoffen (PAK) werden zur Zeit angewandt, und wann ist mit der Entwicklung und dem Einsatz eines bundeseinheitlich vorgeschriebenen standardisierten Meßverfahrens zu rechnen? *)

25. Abgeordnete **Ursula Schönberger** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ist der Kaufvertrag des Bundesamts für Strahlenschutz (BfS) mit der Paine Salzgitter AG bzw. der Preussag über die Schachtanlage KONRAD im Jahre 1987 abgeschlossen worden, wie das Bundesministerium der Finanzen angibt, oder am 7. Juni 1991, wie das BfS mitteilt, oder gibt es zwei Kaufverträge?

26. Abgeordnete **Ursula Schönberger** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, daß das gesamte Gelände der Salzgitter AG beim Verkauf vom Land Niedersachsen an die Preussag im Jahre 1989 mit nur 14 Mio. DM bewertet worden ist und 1991 beim Kauf der Schachtanlage KONRAD durch das BfS die Preussag allein dafür die Kaufsumme von 84 Mio. DM erhielt, und wie erklärt sich die Bundesregierung diese beachtliche Wertzunahme innerhalb von 18 Monaten?

*) s. hierzu auch Frage 46

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

27. Abgeordneter **Dr. Burkhard Hirsch** (F.D.P.)

Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung darüber vor, daß sich sogenannte deutsche Beutekunst aus dem Zweiten Weltkrieg nicht nur in Rußland, sondern auch in Polen und der Ukraine befindet, und um welche Stücke handelt es sich dabei?

28. Abgeordneter **Dr. Burkhard Hirsch** (F.D.P.)

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um die Kunstgegenstände nach Deutschland zurückzuholen?

29. Abgeordneter **Volker Beck (Köln)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was weiß die Bundesregierung (hinsichtlich der Antworten der Bundesregierung auf meine schriftlichen Fragen vom 20. April 1998) insbesondere für die Zeit vom 2. September 1997 bis heute bezüglich der Entscheidungspraxis und Zahl der Visa-Anträge mit dem Ziel der Führung einer gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft sowie die Zahl der Klagen, insbesondere vor dem Hintergrund der Berichte von ADN 13. Februar 1997, 14.50 (sechs Anträge, zwei positiv, einer negativ, drei in Bearbeitung) und der tageszeitung vom 24. April 1998 (ein Dutzend Anträge, davon zwei positiv, zwei negativ entschieden)?

30. Abgeordneter **Gernot Erler** (SPD)

Welche Informationen hat die Bundesregierung über Pläne der Türkei, Griechenlands, Bulgariens und weiterer Balkanländer, eigene Friedenstruppen zum Einsatz bei regionalen Konflikten oder Spannungsfällen zu bilden, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Pläne aus der Sicht der aktuellen Entwicklungen in Südosteuropa?

31. Abgeordneter **Gernot Erler** (SPD)

Welche Aufgaben können nach Auffassung der Bundesregierung solche Balkan-Friedenstruppen übernehmen, und welche Abgrenzungen sind dabei gegenüber potentiellen Missionen notwendig, die direkt von den Vereinten Nationen, der OSZE oder der NATO in dieser Region durchgeführt werden?

32. Abgeordneter **Johannes Selle** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung im Zusammenhang mit der Hungerkatastrophe im südlichen Sudan unternommen, oder was beabsichtigt sie zu unternehmen, um die sudanesische Regierung zur Genehmigung von Nahrungsmittelflügen in die Hungergebiete zu veranlassen, falls Nachrichten über die bisherige Verweigerung der Genehmigung solcher Flüge zutreffen?

33. Abgeordneter **Johannes Selle** (CDU/CSU)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung in diesem Zusammenhang über politische Einflußnahmen oder humanitäre Maßnahmen der internationalen Gemeinschaft, insbesondere der Vereinten Nationen, und wird sich die Bundesrepublik Deutschland gegebenenfalls an Hilfsmaßnahmen beteiligen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

34. Abgeordneter **Manfred Such** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Auskunft gibt die Bundesregierung über Art, voraussichtliche Dauer, Gründe, genaue Auswirkungen, Kosten und beschlossene Zwischenlösungen derjenigen technischen Probleme des Computersystems von Europol, aufgrund derer dieses geplante Kriminalamt der Europäischen Union nach Feststellung der europäischen Innen- und Justizminister seine informationelle Tätigkeit nicht vor dem Jahr 2000 voll aufnehmen kann, und wie erklärt die Bundesregierung angesichts dieses ihr bereits länger bekannten Umstands ihr anhaltendes öffentliches Drängen, das Europol-Abkommen sowie das dazugehörige Immunitätsprotokoll müssen spätestens im März 1998 ratifiziert werden wegen der „Eilbedürftigkeit" und zwecks Europol's „schneller Tätigkeitsaufnahme zum 1. Juli 1998" (Schreiben des Bundesministers des Innern vom 12. Februar 1998 an den Innenpolitischen Sprecher der F.D.P.; Rede des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesministerium des Innern, Eduard Lintner, am 27. März 1998, im Deutschen Bundestag, Plenarprotokoll 13/225, S. 20704 D; s. auch Drucksache 13/10201)?

35. Abgeordneter **Dr. Egon Jüttner** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die im Deutschen Ärzteblatt vom 3. April 1998/19 vertretene Auffassung, daß eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung im Katastrophenfall mit der dafür notwendigen Bereitstellung von Personal, medizinischen Geräten, Medikamenten, Transportmöglichkeiten und Betten nicht gewährleistet ist, und sieht die Bundesregierung insoweit gegebenenfalls Handlungsbedarf?

36. Abgeordneter **Egbert Nitsch (Rendsburg)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Anhaltspunkte hat die Bundesregierung möglicherweise dafür, daß es entgegen der Auflösungserklärung der „Roten Armee Fraktion" künftig nochmals zu politisch motivierten Gewalttaten durch den betreffenden Personenkreis kommen könnte, und welche Konsequen-

zen zieht die Bundesregierung aus dieser Einschätzung für die Möglichkeit etwaiger Verringerungen der personellen und sächlichen Ausstattung von Antiterror-Abteilungen der Strafverfolgungsbehörden des Bundes, insbesondere beim Bundeskriminalamt und beim Generalbundesanwalt?*)

37. Abgeordnete **Annelie Buntenbach** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der Verleihung des dritten Preises des Wissenschaftspreises der „Stiftung Ostdeutscher Kulturrat" an Dr. C. N., hinsichtlich der hohen institutionellen Förderung der Stiftung durch die Bundesregierung und den Veröffentlichungen des Preisträgers in der rechtsextremen Zeitschrift „Nation & Europa" (z. B. Ausgaben Januar und Februar 1998), der österreichischen Zeitschrift „Eckartbote" (Ausgabe 3/98) sowie von Anzeigen in der rechtsextremen Zeitschrift „Europa Vorn" (Ausgabe November 1997), und welchen Stellenwert räumt die Bundesregierung dabei der publizistischen Tätigkeit von Dr. C. N. sowie seiner Referententätigkeit am 6./7. September 1997 auf dem Südafrika-Seminar des „Hilfskomitees Südliches Afrika" in Coburg, die in der Wochenzeitung „Junge Freiheit" (Ausgabe 34/1997) angekündigte wurde, ein?

38. Abgeordnete **Annelie Buntenbach** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie begründet die Bundesregierung ihre hohe Förderung der „Stiftung Ostdeutscher Kulturrat", und welche Konsequenzen wird die Bundesregierung hinsichtlich ihrer Förderung der „Stiftung Ostdeutscher Kulturrat" aus der Verleihung des dritten Preises des Wissenschaftspreises der Stiftung an Dr. C. N. ziehen?

39. Abgeordneter **Jürgen Augustinowitz** (CDU/CSU)

Wie ist der Stand der verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse über die PDS und ihre Unterorgansiationen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

40. Abgeordneter **Manfred Such** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwieweit teilt die Bundesregierung nach der Auflösungserklärung der RAF („Rote Armee Fraktion") sowie angesichts des Umstands, daß laut Angaben des Generalbundesanwalts in den gegen mehr als 6 000 Beschuldigte geführten

*) s. hierzu auch Frage 41

Ermittlungsverfahren gemäß § 129a StGB im Zeitraum 1980 bis 1996 nur sechs Urteile allein auf diese Strafvorschrift gestützt werden konnten (zitiert nach Drucksache 13/9460), die Einschätzung des Bundesministers der Justiz (Deutschlandradio 23. April 1998), diese Norm sei gegen künftigen „Terror von rechts" sowie gegen „terroristische Vereinigungen" in Gestalt osteuropäischer organisierter Waffen- und Menschenhändler weiterhin unverzichtbar, und welche Auskunft gibt die Bundesregierung ferner über die bisherigen Erfolge und die künftige Fortführung des Aussteigerprogramms sowie über die bisherige Anwendung und künftige Verzichtbarkeit des Verbots anwaltlicher Mehrfachverteidigung (§ 146 StPO) und der Kontaktsperrevorschriften (§§ 31 bis 38 EGGVG)?

41. Abgeordneter **Egbert Nitsch (Rendsburg)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach wie vielen Personen, die dem Kreis der „Rote Armee Fraktion" zugerechnet werden, fahnden nach Kenntnis der Bundesregierung die Strafverfolgungsbehörden von Bund und Ländern noch, und hinsichtlich wie vieler dieser Personen hat die Bundesregierung Anhaltspunkte, daß sie sich – abgesehen von der Auflösungserklärung der „Rote Armee Fraktion" – persönlich noch nicht von politisch motivierter Gewalttätigkeit losgesagt haben?*)

42. Abgeordneter **Gerald Häfner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Auflösungserklärung der RAF vom 20. April 1998, und teilt die Bundesregierung die Auffassung des Bundesministers der Justiz, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, daß sowohl das Kontaktsperrgesetz als auch das Verbot der Mehrfachverteidigung nicht mehr nötig seien (taz vom 5. September 1997)?

43. Abgeordneter **Gerald Häfner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen strafprozessualer Maßnahmen, die auf der Grundlage des Verdachts einer Straftat nach § 129a StGB angeordnet werden (so z. B. die Kontaktsperre nach §§ 31 ff. des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz und die Einschränkung der Verteidigerrechte gemäß § 148 Abs. 2 der Strafprozeßordnung) auf den Grundrechtsschutz der Betroffenen, und ist die Bundesregierung der Auffassung, daß solche Maßnahmen auch nach der Auflösung der RAF erforderlich sind?

*) s. hierzu auch Frage 36

44. Abgeordnete
Amke Dietert-Scheuer
(BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Um wieviel Prozent übersteigen die heutige Personalausstattung und die jährlichen sächlichen Zuwendungen für die Staatsschutz-Abteilungen des Bundeskriminalamts und des Generalbundesanwalts den entsprechenden Personalstand und sächlichen Aufwand im Jahr 1970 vor Beginn der Aktivitäten der „Rote Armee Fraktion", und welche Möglichkeiten und Veranlassung sieht die Bundesregierung, zu diesbezüglichen Verringerungen nach der Auflösungserklärung der „Rote Armee Fraktion" und der inzwischen erfolgten deutlichen Verringerung anderer vergleichbar politisch motivierter Anschläge?

45. Abgeordnete
Amke Dietert-Scheuer
(BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche Veranlassung sieht die Bundesregierung nach der Auflösungserklärung der „Rote Armee Fraktion", die einst vor allem wegen derer Gewalttaten geschaffenen sogenannten „Antiterrorgesetze" – insbesondere § 129 a StGB und hiermit verbundene Normen – aufzuheben, und welche dieser Regelungen sieht die Bundesregierung als auch künftig unverzichtbar gegen politisch motivierte Gewalttaten an?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

46. Abgeordnete
Marlene Rupprecht
(SPD)

Wie definiert der Bund seine Verantwortung, derer er sich als Voreigentümer ehemals US-amerikanischer mit Polyzyklischen Aromatischen Kohlenwasserstoffen belasteten Liegenschaften bewußt ist, und in welchem zeitlichen Rahmen will er diesbezüglich seiner Verantwortung nachkommen?*)

47. Abgeordneter
Karl Diller
(SPD)

Wie hoch ist aus heutiger Sicht der Umfang der Nettoentlastung durch die von der Koalition angestrebte Steuerreform gemäß dem Konzept der sog. „Petersberger Steuervorschläge", und wie hoch sind die sich daraus ergebenden Nettosteuerausfälle beim Bund in den einzelnen Jahren des Finanzplanungszeitraums bis 2002?

*) s. hierzu auch Frage 24

48. Abgeordneter **Karl Diller** (SPD)

Will die Bundesregierung mit dem Haushaltsentwurf 1999 sowie der Finanzplanung bis 2002 – wie in einem Bericht der Süddeutschen Zeitung vom 29. April 1998 über ein Gespräch der Partei- und Fraktionsvorsitzenden der Koalition bei Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl zu lesen war – „den Wählern die Chance geben, die Wahlversprechen der Koalition konkret nachzuprüfen", und werden insbesondere die finanziellen Auswirkungen der von der Koalition angekündigten Steuerreform einschließlich der Gegenfinanzierungsmaßnahmen berücksichtigt und nachvollziehbar ausgewiesen?

Bonn, den 30. April 1998

Drück: Buchdruckerei P. Meier GmbH, Reisertstraße 14, 53773 Hennef (Sieg), Telefon (02242) 9240-0, Telefax (02242) 83179
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 1320, 53003 Bonn, Telefon (0228) 3820840, Telefax (0228) 3820844
· ISSN 0722-8333